



Dr. Dieter Haack

## Zum vhw – Verbandstag 2001

Der Deutsche Bundestag hat Anfang 2000 die Enquete-Kommission "Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements" eingesetzt. Der Abschlußbericht wird im Frühjahr 2002 erwartet. Die Vereinten Nationen haben das Jahr 2001 zum "Internationalen Jahr der Freiwilligen" ausgerufen. Die Auseinandersetzungen über das Bürgerengagement haben auf Bundes-, Länder- und kommunaler Ebene die Diskussion über das Verhältnis zwischen Staat, Wirtschaft und Gesellschaft neu entfacht.

Das vhw bietet diesem gesellschaftspolitischen Ansatz mit der vorliegenden Ausgabe ein Forum. Denn zivile Gesellschaft und Bürgerkompetenz sind sozialräumlich gedacht gerade (auch) in der Stadt- und Wohnraumpolitik gefragt.

Das vhw bietet diesem gesellschaftspolitischen Ansatz mit der vorliegenden Ausgabe ein Forum. Denn zivile Gesellschaft und Bürgerkompetenz sind sozialräumlich gedacht gerade (auch) in der Stadt- und Wohnraumpolitik gefragt.

Was hat Bestand in der Wohnraumpolitik? so lauten der Titel und die Leitfrage des vhw - Verbandstages. Sind die Städte, vor allem die großen, noch der Wunschort zum Leben und Wohnen? Welchen Beitrag kann und hat der Staat, die Kommunen eingeschlossen, zur Förderung des Wohnens in den Städten zu leisten oder ist am Ende gar sein Rückzug angesagt?

Hiermit werden Fragen aufgeworfen, die auf dem Verbandstag mit Mitgliedern und Gästen in zwei Foren diskutiert und worauf Antworten gefunden werden sollen. Bei dieser Diskussion bedarf die Migration, also die augenfällige Wanderungsbewegung aus der Stadt in die Region ebenso einer genaueren Betrachtung wie die oft beschworene Forderung nach mehr Selbstverantwortung und Eigenvorsorge. Es gilt insoweit: erst die Realitäten wahrnehmen, und zwar empirisch-statistisch, hinsichtlich der Motive der Bürger wie der Motive des Staates, der Politik, der Leistungsfähigkeit beider Seiten, bevor Schlußfolgerungen, Handlungskonzepte und weitreichende Entscheidungen getroffen werden.

Ein drittes Forum auf dem Verbandstag unter dem Titel "Vom betreuten zum souveränen Konsumenten" unternimmt den Versuch, Antworten auf die Frage zu geben, wie der gesellschaftspolitische Ansatz der Zivilgesellschaft in der Stadt- und Wohnraumpolitik umgesetzt werden kann. Hierbei soll nicht einer Mode gefolgt werden, sondern an die Herkunft, die Gründungsgedanken unseres Verbandes angeknüpft und d

diese fortentwickelt werden. Das Eintreten des vhw für das selbstgenutzte Wohneigentum im Rahmen einer nachhaltigen Stadtentwicklung und sozialen Bodenpolitik wird mit der Stärkung der Selbstentfaltung des Bewohners verbunden. Es gilt, insoweit auch das soziale Kapital zu entdecken, die Verantwortung für andere oder das Engagement für das Ge-

meinwohl, dass - so die Enquete-Kommission - in Deutschland empirisch begründet zunimmt. Zwischen den Selbstentfaltungswerten und der Bereitschaft zum Engagement bestehe ein sehr enger positiver Zusammenhang. Um es wirkungsvoll werden zu lassen, müsse die Bürgerkompetenz jedoch geschärft werden, so die zwischenzeitlichen Empfehlungen der Kommission.

Im Bereich des Wohnens fordert das vhw diese Kompetenz durch Stärkung der Konsumentensouveränität als Beitrag für eine neue Beziehung zwischen Anbieter und Nachfrager. Rechtliche und finanzielle Rahmenbedingungen sind in Richtung von mehr Wahlmöglichkeiten des Nachfragers zu ändern; Zugang zur Information und Bildung sind zugunsten seiner Kompetenzstärkung zu ermöglichen.

Stadt und Region sollten weniger – auch nicht durch Leitbilder – vorgegeben werden, als vielmehr gemeinsam handelnd gestaltet werden. Dabei geht es um die Durchsichtigkeit von Verfahren und die Bereitschaft zum gemeinsamen Handeln.

In diesem Sinne möchten wir den Verbandstag gestalten.

Ihr  
Dieter Haack



Bundesminister a.D  
Vhw - Vorstandsvorsitzender